Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 330 | Donnerstag, den 1. Dezember | Jahrgang 1927

Die Todesstrafe.

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt hat dieser Tage, wie von uns berichtet wurde, Vertreter der Presse bei sich empfangen und in mehr als zweistündiger Aussprache sich mit ihnen über die Rechtspflege in Preußen unterhalten. Das dem Unbeteiligten sichtbare Ergebnis dieser Aussprache sind Mitteilungen in der Presse über einzelne Justizfälle und ein Haufen interessantes Zahlenmaterial. Der Eindruck, den die Aussprache bei den anwesenden Journalisten hinterlassen hat, ist offensichtlich sehr befriedigend, wenigstens nach den Blättern zu urteilen, die bis vor einiger Zeit noch das Kapitel „Vertrauenskrise der Justiz" in täglich neuer leidenschaftlicher Aufwärmung ihren Lesern servierten. Unverkennbar hat der im März ds. Js. zurückgetretene Justizminister Dr. Am Zehnhoff in Dr. Schmidt, der wie jener der Zentrumsfraktion des Landtags angehört, einen energischen, weltoffenen und umsichtigen Nachfolger erhalten. Es ist wohl nicht von ungefähr, daß es in den die Justizkrise mit großer Liebe pflegenden Blättern der Linken ruhiger geworden ist. Damit soll natürlich nichts gegen das durchaus verdienstvolle Wirken Am Zehnhoffs gesagt sein. Aber er war bekanntlich in seiner Amtsführung viel durch Krankheit behindert. Zudem darf man für seinen an Jahren erheblich jüngeren Nachfolger ja auch in etwa das Sprichwort in Anspruch nehmen: Neue Besen kehren gut.

In der Aussprache mit dem Minister ist als durch die Verhandlungen des Strafrechtsausschusses des Reichstages sehr naheliegendes Problem auch über die Todesstrafe und ihre Vollstreckung gesprochen worden. In dem genannten Ausschuß, der über die Paragraphen des neuen Strafgesetzbuches zu Rate sitzt, hat sich bekanntlich eine Mehrheit für die Beibehaltung der Todesstrafe ergeben. Wenn man an eine Bestie in Menschengestalt wie Haarmann denkt, wird man nicht umhin können, es für richtig zu erklären, daß es auch weiter die Möglichkeit geben soll, solche Kreaturen aus der menschlichen Gesellschaft zu beseitigen. Andererseits wissen auch die Gegner der Todesstrafe für ihren Standpunkt Gründe anzuführen, die man nicht mit leichter Geste von der Hand weisen kann, so insbesondere nicht, daß nach vollstrecktem Todesurteil sich kein Justizmord wieder gutmachen läßt und daß die Erfahrung in den Ländern, die die Todesstrafe abgeschafft haben, nicht die Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung als Abschreckmittel erweist. Die endgültige Entscheidung über diese Frage wird im Plenum des Reichstages fallen. Wie sie ausfallen wird, ist noch nicht ganz sicher. Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten fordern bekanntlich Abschaffung der Todesstrafe, im Zentrum und in der Deutschen Volkspartei ist die Mehrheit für Beibehaltung, ebenso so gut wie geschlossen die Bayrische und die Deutschnationale Volkspartei. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht also wohl dafür, daß die Gegner der Todesstrafe unter den Reichstagsabgeordneten nicht die Mehrheit haben.

Wird sie aber beibehalten, so ist es immer noch eine Frage, ob sie vollstreckt wird. Die Entscheidung darüber hatte früher bekanntlich der Monarch, jetzt liegt sie in der Hand des Staatsministeriums. Im Deutschen Reich wurde von 1871 bis 1878 kein einziges Todesurteil vollstreckt, die Todesstrafe war also faktisch beseitigt. Die erste Ausnahme bildete Hödel, der 1878 das bekannte Attentat auf Wilhelm I. verübte. Von 1878 bis 1887, also noch unter der Regierungszeit Wilhelms I., wurden von insgesamt 529 Todesurteilen 38 vollstreckt, was einen Prozentsatz von etwas über 7 ergibt. Unter Wilhelm II. wurden aber von 1888 bis 1913 von 713 Todesurteilen 431, also 60,4 Prozent vollstreckt! In den Jahren 1919 bis 1926 hat bei insgesamt 556 Todesurteilen nur 42 mal (7,5 Prozent) der Henker in Aktion treten müssen. Man kann daraus erkennen, daß vom preußischen Staatsministerium — und in anderen Ländern ist es genau so — den Anschauungen der Gegner der Todesstrafe in erheblichem Maße Rechnung getragen wird. Dabei geht die Tendenz nach möglichst weiterer Verminderung der Hinrichtungen. So hat in Preußen der Nachrichter in diesem Jahre erst dreimal in Funktion treten müssen.

Die Enthauptung erfolgt in Preußen meist durch Handbeil, im Rheinland durch Fallbeil, in Hannover durch Fallschwert. In dieser Hinsicht scheint eine Vereinheitlichung sehr geboten. Es wird Zeit, daß das Handbeil verschwindet. „Unser modernes Rechtsempfinden", schrieb vor kurzem der Heilbronner Oberstaatsanwalt Dr. Elwert in der „Köln. Volkszeitung", „verlangt gebieterisch, daß die Hinrichtung eines zum Tod verurteilten Verbrechers, in dem wir doch noch immer den Menschen und Bruder sehen, so rasch und sicher und schmerzlos erfolge, als dies nach dem Stand unserer modernen Wissenschaft und Technik überhaupt möglich ist. Nun braucht man nicht viel Phantasie und auch nicht viel anatomische Kenntnisse zu besitzen, um sich die Unsicherheit des Handbeils, selbst in den Händen eines gewandten und geübten Scharfrichters, vorzustellen. Die geschichtliche Erinnerung an jene zum Tode verurteilten englischen Lords der Stuartpartei, welche auch durch das Handbeil hingerichtet werden sollten und ihren Henkern fürstliche Geschenke vermachten, wenn es ihnen gelänge, den Kopf durch einen einzigen wohlgezielten Schlag vom Rumpf zu trennen — dieses Beispiel aus der Geschichte besagt genug." Dr. Elwert tritt für den Gebrauch des Fallbeils, der nach ihrem Erfinder, einem französischen Arzt, benannten Guillotine, ein, die eine rasche und absolut sichere Wirkung verbürge. Diese Anregung verdient entschieden Beachtung. Wenn schon Todesurteile vollstreckt werden, so muß es so geschehen, daß für widerliche Szenen (Widerstand, Angstgeheul) zeitlich kein Raum ist und daß die Trennung des Kopfes vom Rumpf so sicher und schnell vor sich geht, daß ein Schmerz nicht aufkommt. Nach den Beobachtungen des genannten Oberstaatsanwalts bürgt hierfür die Anwendung des Fallbeils.

Erstaunen wird es in weitesten Kreisen erregen, daß bisher der Scharfrichter in Frack und weißer Weste seines Amtes waltete. Mit Recht ist diese Kleidung dem Justizminister als nicht passend erschienen. Er hat dafür gesorgt, daß sie abgeändert wird. Andererseits wird man auch Dr. Elwert zustimmen, wenn er schreibt, unser modernes Empfinden verlange vom Akt der Hinrichtung, daß er mit einem feierlichen Ernst umkleidet sei. Er fordert daher, daß die Bestimmung in § 454 Abs. 3 der Strafprozeßordnung geändert werde, wonach beliebig vielen Personen „nach dem Ermessen des die Vollstreckung leitenden Beamten" (d. h. des Staatsanwalts) der Zutritt gestattet werden kann. Ist doch die Folge dieser Bestimmung, daß bei einer bevorstehenden Hinrichtung die Staatsanwaltschaft von Neugierigen und Sensationslüsternen um Zulassungskarten geradezu bestürmt und belagert wird. Eine Hinrichtung ist kein Theaterstück, die Vernichtung eines Menschenlebens ist ein außerordentlich ernster trauriger Akt, dem niemand beiwohnen soll außer den dienstlich berufenen Amts- und Urkundspersonen. Daß dazu ein Geistlicher gehört, betont Dr. Elwert mit größtem Nachdruck: „Ob der vielleicht durchaus verrohte Verbrecher einen Geistlichen auch nicht will, die anderen Menschen, die ihn zum Schafott begleiten müssen, wollen ihn!"

Man darf wohl erwarten, daß die Aussprache des Justizministers Dr. Schmidt mit der Presse auf die in den letzten Wochen in verschiedenen Zeitungen sehr erregt geführte Diskussion über die Todesstrafe beruhigend einwirken wird. Es handelt sich gewiß um ein sehr ernstes Problem. Wichtiger aber als die Frage, ob diese Strafe im Strafgesetzbuch beibehalten wird oder nicht, ist doch wohl, wie es mit ihrer Vollstreckung steht. Und da zeigt die Praxis, daß eine große Wendung seit dem Umsturz eingetreten ist, daß nur in den allerscheußlichsten Fällen das Staatsministerium von seinem Recht, die Todesstrafe in Zuchthausstrafe umzuwandeln, keinen Gebrauch macht. Nicht unbeachtlich ist schließlich auch, daß nach dem neuen Strafgesetzbuch auch bei Mord Milderungsgründe bei der Strafzumessung berücksichtigt werden können. Diese Bestimmung wird dazu führen, daß sich die Zahl der Todesurteile, die im Vorjahre 58 betrug, erheblich vermindern wird.

Der neue Konflikt zwischen Preußen und dem Reich.

Ministerpräsident Dr. Braun an den Reichskanzler.

× Berlin, 30. Januar.

Unter Bezugnahme auf das Sympathietelegramm, das der Reichsinnenminister v. Keudell einer studentischen Protestversammlung im Zirkus Busch hat zugehen lassen, ist am Mittwoch, dem 30. November, dem Reichskanzler ein Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zugegangen, das nach dem Amtlichen Preußischen Pressedienst folgenden Wortlaut hat:

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Der Herr Reichsminister des Innern hat zur Kundgebung der deutschen Studentenschaft, die am vorigen Sonntag, dem 27. d. Mts., gegen das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden hat, an den Vorstand der deutschen Studentenschaft nach unwidersprochen gebliebenen Zeitungsnachrichten folgendes Telegramm gerichtet: „Im Geiste unter Ihnen in innerer Verbundenheit, bekennt sich erneut zu Ihnen mit herzlichen Grüßen und Wünschen v. Keudell."

Auf Erkundigungen bei den zuständigen Stellen des Reichsinnenministers ist die Tatsache der Absendung des Telegramms bestätigt, allerdings hinzugefügt worden, daß man den authentischen Wortlaut nicht kenne, daß er aber dem Sinne der eben angeführten Depesche entspreche. Ich muß bei Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, auf das entschiedenste dagegen Verwahrung einlegen, daß ein Mitglied der Reichsregierung in einer Frage, die die preußischen Hochschulen und Studentenschaften auf das tiefste bewegt und die Hochschulen in heftige politische Kämpfe hineinzuziehen droht, gegen die verantwortliche preußische Regierungspolitik öffentlich Stellung nimmt, die sich mit den gegen das preußische Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung gerichteten Angriffen identifiziert. Ich muß hiernn, wie jeder Mann, eine starke Brüskierung der Politik der preußischen Regierung erblicken, umsomehr, als der Herr Reichsminister des Innern bereits mehrfach studentische, insbesondere völkische Gruppen die gegen die preußische Regierung Stellung genommen haben, in ihren Angriffen durch seine Haltung ostentativ bestärkt hat. Da sich eine derartige Einstellung des Herrn Reichsministers Dr. v. Keudell mit ausgesprochener Spitze gegen die preußische Regierung auch schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat, so darf ich Sie, Herr Reichskanzler, ergebenst bitten, dafür Sorge tragen zu wollen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen, da die preußische Regierung andernfalls sich zu ihrem Bedauern genötigt sehen würde, jeden Verkehr mit dem Herrn Reichsminister v. Keudell abzubrechen.

In bekannter Hochachtung und Verehrung
Ihr
gez. Braun.

★

Der vorstehende Brief des preußischen Ministerpräsidenten läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Im Interesse der Beziehungen zwischen Preußen und dem Reich wäre eine etwas weniger geharnischte Tonart wohl wünschenswert gewesen. Wir denken natürlich nicht daran, eine Lanze für Herrn von Keudell zu brechen, verweisen vielmehr auf unsere gestrigen Ausführungen zu dieser neuen bedauerlichen Anfachung des Konfliktes zwischen den beiden Berliner Regierungen.

Wenn eine Ankündigung der „B. Z. am Mittag" richtig ist, hat der Reichskanzler in einer Ministerbesprechung am Mittwoch nachmittag die preußische Beschwerde vorgebracht, um Dr. v. Keudell Gelegenheit zu geben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, die Preußen gegen ihn erhebt. Weiter hört das Blatt, daß der Konflikt auch ein parlamentarisches Nachspiel haben wird, da die Oppositionsparteien entsprechende Interpellationen im Reichstag in Aussicht genommen haben.

★

Die Studenten gegen das neue Studentenrecht.

Die Abstimmung über die Verordnung des Kultusministers Dr. Becker, die die Bestimmungen des neuen Studentenrechts enthält, hatte an den preußischen Universitäten und Hochschulen folgende Ergebnisse:

Münster: Wahlbeteiligung 30 Proz., für Annahme 72, für Ablehnung 902.

Hannover, Technische Hochschule: Wahlberechtigt 1859 Studierende; abgestimmt haben 1513. Gegen die Verordnung 1337, dafür 167; ungültig 9. Tierärztliche Hochschule: Gewählt 94,2 Proz. Gegen die Verordnung 201 Studierende, dafür 4; ungültig 4.

Königsberg, Universität: Stimmberechtigt 2113 Studenten. 1255 gegen die Verordnung, 168 dafür; 12 ungültig. — Handelshochschule: 445 Stimmberechtigte, 341 abgegebene Stimmen, 284 gegen, 53 dafür. 4 ungültig.

Katholisch-theologische Akademie Braunsberg: 33 Stimmberechtigte, 31 abgegebene Stimmen, davon 97,1 Proz., 1 dagegen, 33 dafür.

Greifswald: 1195 Stimmberechtigte. 55 waren dafür, 815 dagegen.

Bergakademie Clausthal: Wahlbeteiligung bei 80 Proz. 291 Stimmen dagegen, 3 dafür.

Kiel: Wahlberechtigt 1572. Abgegeben 1251 Stimmen; davon 1051 dagegen, 187 dafür.

Frankfurt a. M.: Stimmberechtigt etwa 3000, Beteiligung 51 bis 52 Proz., 1101 dagegen, dafür 420.

Köln: 2800 Stimmen abgegeben. Wahlbeteiligung 57 Proz. 2200 Stimmen dagegen, 563 dafür, ungültig 37.

Düsseldorf: Medizinische Akademie: Von 86 Stimmberechtigten, 26 dafür, 46 dagegen.

Hannoversch-Münden: Forstakademie. Von 129 Wahlberechtigten 112 dagegen, 1 dafür.

Breslau: Technische Hochschule: 101 Stimmen dafür, 555 Stimmen dagegen, insgesamt 829 Studierende. Universität: 691 Stimmen dafür, 1740 dagegen. Wahlbeteiligung 75 Prozent.

Halle: Wahlbeteiligung 75 Proz., für Annahme 98, für Ablehnung 1513.

Technische Hochschule Aachen: bei 41 Proz. Wahlbeteiligung abgelehnt.

Universität Berlin: Wahlbeteiligung 80 Proz., für Annahme 2575, für Ablehnung 4461.

Handelshochschule Berlin: Wahlbeteiligung 88,5 Proz., für Annahme 6, für Ablehnung 199.

Landwirtschaftliche Hochschule Berlin: Wahlbeteiligung 73 Proz., für Annahme 19, für Ablehnung 343.

Forstliche Hochschule Eberswalde: Wahlbeteiligung 84,8 Proz., für Annahme keine Stimme.

Universität Bonn: 978 Stimmen für Annahme, 1702 Stimmen für Ablehnung; es fehlt noch Marburg.

Auszahlung der Gehaltserhöhungen noch vor Weihnachten.

+ Berlin, 30. Nov. Gegenüber den Meldungen, nach denen sich die Erledigung der preußischen Besoldungsvorlage noch weiter hinauszögern scheine, sind die preußischen Koalitionsparteien dahin übereingekommen, die preußische Besoldungsvorlage unter allen Umständen so rechtzeitig zu verabschieden, daß sich ihre Auswirkungen noch vor Weihnachten vollziehen können. Das liege im Interesse der Beamten, der Wirtschaft und nicht zuletzt im Interesse des Staates.

★

Aeltestenrat des Reichstages.

= Berlin, 30. Nov. Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß, daß von morgen (Donnerstag) bis Sonnabend die Interpellationen über die Wirtschaftspolitik behandelt werden sollen, wozu zunächst der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister das Wort ergreifen werden. In der Aussprache wird voraussichtlich auch der Reichsfinanzminister sprechen. Von Montag ab wird das Plenum sich mit den Interpellationen über die Aussperrung der Zigarrenarbeiter beschäftigen und den Bericht des Ausschusses für die Untersuchungen der Ruhrentschädigungen besprechen. Danach soll die zweite Beratung der Besoldungsvorlage in Angriff genommen werden. Ob es schon am Ende der nächsten Woche dazu kommen kann, steht noch dahin. Die Besoldungsvorlage soll auf jeden Fall so gefördert werden, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter noch vor Weihnachten erfolgen kann. Wann die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1928 stattfinden kann, darüber ist heute im Aeltestenrat noch nicht gesprochen worden, da diese Angelegenheit zunächst von der Erledigung des Etats im Reichsrat abhängt.

Ferner beschäftigte sich der Aeltestenrat mit der Anregung, die der Reichstagspräsident Loebe gelegentlich des Städtetages in Magdeburg dahin gegeben hat, daß ein kommunalpolitischer Ausschuß des Reichstages eingesetzt werden möge. Es waren jedoch die Meinungen sehr geteilt darüber, ob die Interessen der Städte in einem besonderen Ausschuß des Reichstages besser gewahrt erscheinen, als wenn die Organisationen der Kommunen in freier Aussprache mit den bestehenden Ausschüssen Gesetzentwürfe beraten, welche die Kommunen betreffen. Um diese Frage zu klären, [illegible] Reichstagspräsidenten mit den Vorsitzenden der vier großen kommunalen Organisationen Deutschlands stattfinden.

Endlich beschloß der Aeltestenrat die weitere Beteiligung des Reichstags an den internationalen parlamentarischen Handelskonferenzen, von denen die nächste in Paris und die übernächste in Berlin stattfinden soll. (Wo bleibt die Wahlrechtsinterpellation des Zentrums?)

Neue Verhandlungen mit Schacht.

▲ Berlin, 30. Nov. Wie die „Vossische Zeitung" hört, haben zwischen Dr. Schacht und dem Präsidenten des Städtetages Mulert Besprechungen stattgefunden, bei denen der Reichsbankpräsident eine neue Interpretation seines Standpunktes gab. In den allernächsten Tagen, vielleicht schon morgen, soll eine Aussprache mit einer Reihe von Vertretern der Städte stattfinden, an der außer dem Berliner Oberbürgermeister auch Dr. Jarres aus Duisburg teilnehmen soll.

Die finanzielle Lage der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

O Berlin, 30. Nov. Auf einer vom 28. bis 30. Nov. in Berlin abgehaltenen Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft stand die finanzielle Lage der Gesellschaft für das Jahr 1928 im Vordergrund der Beratung.

Das hierüber ausgegebene Kommuniqué erhielt folgendes Bild: Gegenüber den Ausgaben von 1927 sind für das kommende Geschäftsjahr Mehrausgaben von insgesamt 283 Millionen Reichsmark zu berücksichtigen. Eine neue Besoldungsordnung für die Reichsbahnbeamten konnte angesichts des Standes der Reichstagsverhandlungen noch nicht aufgestellt werden. Der Prozentanteil der Personalausgaben ist gegenüber dem Jahre 1913 von 44,16 Prozent auf 77,19 Prozent gestiegen. Die sachlichen Ausgaben sind für die verschiedenen Materialien um 44 bis 67 Proz. gestiegen. Demgegenüber haben sich die Verkehrseinnahmen im Durchschnitt für den Personenkilometer um 22 Prozent und für den Güterkilometer um 30 Proz. erhöht. Unter diesen Umständen hat sich die Hauptverwaltung darauf beschränken müssen, vorläufig für das Geschäftsjahr 1928 einen Voranschlag als Versuch aufzustellen, bei dem trotz der erheblichen Mehrlasten die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Bei der Erneuerung des Materials ist auf das noch tragbare Mindestmaß zurückgegangen worden.

Der Verwaltungsrat hat die Stellung der Hauptverwaltung gebilligt. Ob es gelingt, der Wirtschaft eine Tariferhöhung zu ersparen, läßt sich heute nicht überblicken. Bei der gegebenen Sachlage sind die auf Kapitalkonto zu verbuchenden Ausgaben für werbende Anlagen auf ein denkbar bescheidenes Maß zurückgeschnitten worden und auch in diesem beschränkten Umfange sind sie abhängig von der Beschaffung des Kapitals.

Seit Gründung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sich der Wert der Anlagen durch Zugang um etwa 1000 Millionen erhöht. An neuem Kapital und an neuen Kreditmitteln sind hierfür nur etwa 450 Millionen Mark aufgenommen worden. In Uebereinstimmung mit dem technischen Ausschuß ist der Verwaltungsrat zu der Auffassung gekommen, daß heute schon Verkehrsengpässe auf der Strecke Köln — Düsseldorf — Dortmund vorhanden sind, die dringend der Erweiterung bedürfen. Für diese Zwecke sind im laufenden Geschäftsjahr 19 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Doch sind darüber hinaus

eater
lens.
ng und Über-
lem ersten
Weltfirma:
E T "
Donnerstag.
schaft
man
Mary Brian
Alice Joyce
Noah Beery
RUFAMET
r Abenteurerfilm:
denlegionär
2 Stunden!
onders hinweisen.
lin Rouge
tvollen Akten aus
in der Hauptrolle.
l in 2 Akten.
ung!
ns der Fa. Para-
Bocholter Bevöl-
dies m[illegible] großen
gen Besuch.
e.
de Großfilme:
Rosen im August,
, Ben Hur, Der
lige Berg, Hotel
y von heute, Die
on Nürnberg usw.
Die Direktion.
Gutes
Grammophon
mit Platten, passend als Weihnachtsgeschenk billig zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

weitere sehr große Mittel für den Ausbau dieses Gebietes erforderlich. Die Kosten des Gesamtprogramms werden etwa 300 Millionen Mark betragen. Nach vollendetem Ausbau wird die Leistungsfähigkeit gegenüber dem heutigen Zustand auf der Strecke Köln—Duisburg—Dortmund auf mehr als das Doppelte gesteigert sein, worüber genaue Angaben gemacht werden. Der Bau einer besonderen Schnellbahn würde weder in finanzieller, noch betriebstechnischer Beziehung der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine wesentliche Erleichterung geben. Der überwiegend größte Teil des Verkehrs müßte auch dann ausschließlich von der Reichsbahn bewältigt werden. Die Absichten der Reichsbahn im einzelnen werden in kürzester Zeit bekanntgegeben.

Landtagsabgeordneter Dr. Hager †.

:: Berlin, 30. November (Drahtb.)

Regierungsrat a. D., Generaldirektor a. D., Dr. jur. und Dr. rer. pol. Paul Hager, Mitglied der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, ist heute plötzlich am Herzschlag im Alter von 57 Jahren verschieden.

Das Ergebnis der Hindenburg-Spende.

◇ Berlin, 30. Nov. Wie die Hindenburg-Spende bekannt gibt, sind die Sammlungen der Hindenburg-Spende nunmehr abgeschlossen worden. Die gezeichneten Beiträge sind einer auf Wunsch des Reichspräsidenten errichteten besonderen Stiftung mit dem Namen „Hindenburg-Spende" überwiesen worden, die die eingegangenen Gelder verwalten wird. Der Gesamtertrag der Sammlung wird auf 10 Millionen Mark geschätzt, von denen rund 7 Millionen Mk. in bar erbracht worden sind, während 2½ Millionen Mark in Gestalt von Sachzuwendungen erfolgt sind.

Die Verwaltung der Hindenburg-Spende wird auf Wunsch des Reichspräsidenten jährlich in Zukunft aus dem gesammelten Fonds zweimal Zuwendungen an besonders bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene machen, die hierfür von den zuständigen Stellen vorgeschlagen werden. Die Verteilung wird jeweils am 2. Okt. und Anfang April jeden Jahres erfolgen. Für den April nächsten Jahres ist eine Ausschüttung an Kriegshinterbliebene bereits wieder vorgesehen.

Die Unkosten der Spende haben sich auf nicht ganz 1 v. H. des gesamten Barbetrages, auf 64 923 Mark, belaufen.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Ein Vorschlag zur Regelung.

◇ London, 30. Nov. Der außenpolitische Korrespondent der „Daily News" meldet, es seien bestimmte Vorschläge zur Regelung des polnisch-litauischen Streites gemacht worden, und zwar handele es sich hierbei um die Wiederbelebung eines Planes, der bei der polnisch-litauischen Konferenz in Brüssel im Frühjahr 1921 aus Anlaß der Besetzung Wilnas von belgischer Seite aufgestellt wurde. Der belgische Plan sah u. a. vor: Polen soll seine Truppen aus Wilna zurückziehen, das unter gewissen Bedingungen Litauen zufallen soll. Zweitens: Beide Staaten sollen ihre gegenseitige Unabhängigkeit anerkennen. Drittens: Polen und Litauen sollen je eine Delegation zur Erörterung von Fragen der auswärtigen Politik ernennen. Viertens: Beide Generalstäbe sollen im Kriegsfalle zusammenarbeiten. Der Korrespondent sagt: Es handelte sich also damals um einen Plan, der ein ähnliches Verhältnis zwischen beiden Ländern herstellen würde, wie es früher zwischen Oesterreich und Ungarn bestand.

Eine außenpolitische Rede Briands.

× Paris, 30. Nov. Im Verlaufe der Generaldiskussion in der Kammer über das Budget für auswärtige Angelegenheiten ergriff auch Briand das Wort. Er führte u. a. aus: Es gibt viele Leute, die den Krieg für unvermeidlich halten. Ich bin anderer Ansicht, denn ich habe Vertrauen zum Völkerbund. Gegenüber Cachin betonte Briand, es sei unrichtig, daß Frankreich für die Abrüstung noch nichts getan habe. Zum Beweise verlas er folgende Ziffern: Frankreich verfügte 1914 über 30 Panzerkreuzer, 1927 hat es nur noch 9. Die Zahl der Kreuzer ist von 35 auf 9 zurückgegangen, die Zahl der Torpedoboote im gleichen Zeitraum von 270 auf 68, die der Unterseeboote von 70 auf 67. Die Tonnage der französischen Kriegsmarine, die 1914 882 500 Tonnen betrug, ist 1927 auf 465 000 Tonnen gefallen. Das Heer hatte 1914 eine Stärke von 990 000 Mann, 1925 zählte es 675 000 Mann und bei der Durchführung der Neuorganisation, die in Vorbereitung ist, wird es 450 000 Mann stark sein. Frankreich sei sogar bereit, mehr zu tun, wenn seine Sicherheitsbedingungen gewährleistet seien. Außerdem willige Frankreich ein, die Militärdienstzeit auf 18 Monate und 1 Jahr zu beschränken. Briand sprach seine Befriedigung aus über die durch den Völkerbund durch die Abmachungen von Locarno und die loyale Mitarbeit der Regierenden in Deutschland erzielten Ergebnisse.

Auf die litauisch-polnische Angelegenheit übergehend, betonte Briand, es sei nicht sicher, daß das Eingreifen der Sowjets geeignet gewesen sei, die Schwierigkeiten zu verringern. Es wäre klüger gewesen, wenn man dem Völkerbund die Lösung der Schwierigkeiten überlassen hätte. Briand lobte alsdann die Loyalität der deutschen Staatsmänner in Genf und hob hervor, daß in Locarno der Vertreter Deutschlands dem Vertreter Frankreichs anvertraut habe, er habe das Gefühl, daß er nicht gerade eine Lebensversicherung dort abschließe. Das habe ihn (Briand) stark beeindruckt, denn er habe hierbei an Rathenau und an Erzberger gedacht.

Zum französisch-südslawischen Vertrage legte Briand dar, daß man sich zuerst bemüht habe, einen Vertrag zu Dreien zu schaffen, daß dies aber an der Haltung Italiens gescheitert sei. Italien, das müsse er zugeben, zeige nicht immer freundschaftliche Rücksicht, aber deshalb brauche man den Kopf nicht zu verlieren. Die französische Regierung sei jedem Vorschlag zugetan, der auf Verständigung und Schiedsgerichtsbarkeit abziele und Frankreich und Italien einander näher bringen könne. In Italien sei man, dessen sei er sicher, nicht für den Krieg. Selbst wenn ein Ereignis eintreten würde, das scheinbar beide Länder aneinander geraten ließe, würde das eine solche Mißbilligung auslösen, daß ein Konflikt unmöglich werde. Der französisch-südslawische Vertrag sei hervorgegangen aus der von Frankreich verfolgten Friedenspolitik, und man war dabei nur den Anregungen des Völkerbundes gefolgt. Nichts sei in dem Vertrag vernachlässigt worden, damit Frankreich nicht gegen seinen Willen in einen Konflikt hineingezogen werden könne. Briand endigte, indem er erklärte, er habe die feste Hoffnung, daß die bevorstehende Tagung des Völkerbundsrates die Wolken verscheuchen werde, die am politischen Himmel aufgezogen seien und daß hierdurch der Friede konsolidiert werde.

Die vierte Tagung des Abrüstungsausschusses.

Die Eröffnungssitzung.

Genf, 30. Nov. Der Andrang von Publikum und Presse zur Eröffnungssitzung des Abrüstungsausschusses war sehr stark. Mit Rücksicht auf die Delegation Sowjetrußlands, die erstmals an diesen Beratungen teilnimmt, wurden von der Genfer Polizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. So wurde der Wagen- und Autoverkehr beim Glassaale, in dem die Tagung wieder abgehalten wird, gesperrt. Die Journalisten müssen sich zum ersten Male durch mit Photographien versehene Identitätskarten ausweisen. Von den 26 eingeladenen Staaten sind, wie bereits bei der letzten Tagung, Brasilien, Spanien und Uruguay nicht vertreten. Die 23 anwesenden Staaten umfassen 14 Ratsstaaten und noch Argentinien, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Schweden, Tschechoslowakei, Jugoslawien und als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland. Die 23 Staaten haben fast ausnahmslos wieder die gleichen Vertreter entsandt. Einige namhafte Persönlichkeiten fehlen jedoch, darunter vor allem Lord Robert Cecil und der belgische Senator de Brouckère, die die Beratungen der früheren Tagungen in vielen Fällen geradezu beherrscht hatten, und der nach Brüssel versetzte frühere amerikanische Hauptdelegierte Gibson, an dessen Stelle sein Nachfolger in Bern, der amerikanische Gesandte in Bern, Wilson getreten ist, während die Delegationen Englands und Belgiens nunmehr unter der Führung Lord Cushendons und Baron Mentchens stehen. Neben diesen beiden neuen Persönlichkeiten wird den Mitgliedern der sowjetrussischen Delegation am meisten Beachtung geschenkt.

Kurz nach 11 Uhr wurde die Sitzung vom Präsidenten Loudon, dem holländischen Gesandten in Paris, mit einer Rede eröffnet, in der er die neuen Mitglieder, besonders den amerikanischen Hauptdelegierten Wilson und die Mitglieder der russischen Delegation, begrüßte. Er schilderte dann den augenblicklichen

Stand der Arbeiten.

Das Fehlen eines Gefühls der allgemeinen Sicherheit behindere die Arbeiten immer noch. Obwohl zweifellos eine vollkommene Abrüstung zur Erhöhung der Sicherheit beitragen würde, so scheuen sich doch zahlreiche Länder, ohne die vorherige Schaffung eines erheblichen Maßes von Sicherheit die Abrüstung praktisch in Angriff zu nehmen. Er richtete an die Delegationen der Vereinigten Staaten und Rußlands die Frage, ob sie sich als Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes auch an dem Sicherheitsausschuß beteiligen wollen. Nach seiner Auffassung könnten die beiden Ausschüsse parallel arbeiten. Auf jeden Fall müsse das Datum für die fünfte Tagung des Abrüstungsausschusses und damit für die zweite Lesung festgestellt werden. Es sei notwendig, daß vor der zweiten Lesung die noch bestehenden Gegensätze durch diplomatische Vorarbeiten soweit ausgeglichen würden, daß die zweite Lesung mit Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden könne. Die Arbeit des Sicherheitsausschusses werde langwierig sein. Sie soll aber auf jeden Fall öffentlich erfolgen.

Sodann wurde der griechische Hauptdelegierte Politis anstelle Brouckère's zum Vizepräsidenten gewählt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung, die die Prüfung der Entschließung der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates und damit die Einsetzung des Sicherheitsausschusses und den augenblicklichen Stand der Arbeiten enthält,

nimmt Graf Bernstorff das Wort,

um das durch einen an Präsidenten Loudon am 12. November gerichteten Brief entstandene Mißverständnis zu beseitigen und gleichzeitig eine Umstellung der Tagesordnung zu beantragen. Er habe in seinem Briefe die Anregung gemacht, so zu verfahren, daß der Eintritt in eine Diskussion über den in erster Lesung fertig gestellten Konventionsentwurf auch nach der materiellen Seite hin offen bleibe. Nach seiner Auffassung würde damit einer Beschleunigung der technischen Vorarbeiten für die allgemeine Abrüstungskonferenz und der Tatsache Rechnung getragen werden, daß seit der dritten Tagung einige neue Mitglieder zum Abrüstungsausschuß gekommen sind. Präsident Loudon habe diese seine Aeußerung so verstanden, daß er (Graf Bernstorff) eine zweite Lesung des Konventionsentwurfs auf der heutigen Tagung damit habe herbeiführen wollen und habe ihm deshalb zu verstehen gegeben, daß er sich von einem solchen Versuche keinen Erfolg verspreche. Er sei von dieser Auslegung überrascht gewesen, da es keineswegs seine Absicht sei, eine zweite Lesung des Konventionsentwurfes auf der heutigen Tagung herbeizuführen. Im Laufe dieses Sommers haben Verhandlungen stattgefunden, die das Abrüstungsproblem berühren. Auf der Bundesversammlung haben Diskussionen über die Abrüstungsfrage stattgefunden. Die Einsetzung eines Sicherheitskomitees ist beschlossen worden. Vier neue Mitglieder sind in die Kommission eingetreten, von denen wir noch nicht wissen, wie sie sich zu dem vorliegenden Fragenkomplex stellen, alles Gründe, die es notwendig machen, in eine materielle Diskussion über den jetzigen Stand der Abrüstungsfrage einzutreten. Die materielle Diskussion soll nicht gleichbedeutend sein mit der zweiten Lesung, sondern sie soll nur den anwesenden Vertretern die Möglichkeit geben, die allgemeinen Gedanken ihrer Regierungen über den Stand des Abrüstungsproblems zu äußern und zu diskutieren. Die von ihm vorgeschlagene Reihenfolge habe, so betonte Graf Bernstorff zum Schluß, auf den praktischen Zweck, daß nicht die Mitglieder der Kommission über eine Spezialpunkt, nämlich die Einsetzung des Sicherheitskomitees, zu beraten hätten, ehe Klarheit über den sonstigen Stand des Abrüstungsproblems und eine Beurteilung durch die verschiedenen Regierungen geschaffen sei.

Präsident Loudon dankte dem deutschen Hauptdelegierten für seine Feststellungen, bedauerte das entstandene Mißverständnis und gab die Versicherung ab, daß es jeder Delegation unbenommen sein soll, sich zu den allgemeinen Ergebnissen der bisherigen Arbeiten zu äußern.

Der russische Hauptdelegierte Litwinow gab die Versicherung ab, daß das einzige Ziel der Sowjetrussischen Delegation und ihrer Regierung darin bestehe, der Sache des Friedens und der Abrüstung zu dienen. Auch er sei der Meinung, daß es für den Fortgang der Arbeiten des Abrüstungsausschusses förderlich wäre, wenn die Tagesordnung umgestellt und zunächst über den allgemeinen Stand der Vorarbeiten diskutiert würde.

Präsident Loudon stimmt hierauf diesem Antrage zu.

Am Ende der Eröffnungssitzung

entwickelte Litwinow ein Abrüstungsprogramm,

das die vollständige Abschaffung der Rüstungen zu Lande zu Wasser und in der Luft und zu ihrer stufenweisen Verwirklichung innerhalb von vier Jahren u. a. die Entlassung der gesamten stehenden Streitkräfte aller Truppenarten, die Zerstörung aller Waffen- und Munitionsbestände und sämtlicher chemischen Kriegsmittel, den vollständigen Abbau der See- und Luftflotten, die Schleifung der Festungen, die Abschaffung der Flotten- und Luftflottenstützpunkte, die Aufhebung aller besonderen Waffenfabriken und verschiedener gesetzlicher Maßnahmen verlangt. Die sowjetrussische Delegation wolle unter Wahrung ihres Standpunktes an allen Erörterungen ausnahmslos teilnehmen, soweit es sich um praktische Maßnahmen handelt, die zu einer Verwirklichung der Abrüstung führen. Die russische Regierung sei außerdem bereit, sofort ein Staatenabkommen über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges zu unterzeichnen. Litwinow verlas dann einen Resolutionsantrag, durch den beantragt wird:

1. die sofortige Ausarbeitung eines detaillierten Konventionsentwurfes zur allgemeinen Abrüstung auf Grund der von der russischen Delegation dargelegten Richtlinien und

2. die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz für den März 1928 zur endgültigen Annahme eines entsprechenden Staatenabkommens.

Litwinow erinnerte in seinem Schlußwort an die beiden nicht identischen Noten Moskaus an Warschau und Kowno, mit denen Sowjetrußland sein Bemühen um Sicherung und Erhaltung des Friedens bekundete und fügte hinzu, daß Moskau die litauische Regierung aufgefordert habe, um des Friedens willen den seit sechs Jahren bestehenden gefahrvollen Kriegszustand zwischen Polen und Litauen zu beseitigen.

Die Aussprache über die russischen Vorschläge vertagt.

+ Genf, 30. Nov. Der vorbereitende Abrüstungsausschuß hat heute nachmittag nach längerer Aussprache auf deutschen Antrag hin beschlossen, die eigentliche Aussprache über die russischen Vorschläge auf die zweite Lesung zu vertagen und das Datum der zweiten Lesung noch während der gegenwärtigen Tagung festzusetzen. Litwinow stellte fest, daß die russischen Vorschläge weder angenommen noch abgelehnt seien und daß sie dementsprechend nach parlamentarischem Brauch weiter bestehen und lediglich bis zur zweiten Lesung vertagt seien.

Aus Westdeutschland.

⚡ Bocholt, 28. Nov. **Schmuggler auf der Anklagebank.** Am 26. Oktober v. Js. hatte sich auf dem hiesigen Bahnhofe ein Inspektor der Zollbehörde die Gewißheit verschafft, daß ein Waggon mit anscheinend geschmuggelten Pferden abgeschoben werden sollte. Den ganzen Tag lag der Beamte auf der Lauer, aber erst abends gegen 6 Uhr wurde die Beharrlichkeit belohnt. Mit 14 Pferden erschienen die Landwirte Johann Nienhaus aus Spork und der Koppelknecht Johann Jansen, um sie zu verladen. Es ergab sich, daß nur für zwei Pferde Zolltransportscheine vorhanden waren. Gegen die beiden Leute, sowie gegen den Landwirt Johann Tekniep wurde ein Verfahren wegen Schmuggels eingeleitet. Der Verdacht spricht sehr gegen sie, zumal alle drei bereits in Zoll- und Schmuggelsachen verwickelt sind. Mit aller Entschiedenheit bestreiten sie zwar, sich schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Nienhaus eine Geldstrafe von 24 000 Mk., gegen Tekniep 12 000, bei dem Angeklagten Jansen stellte er die Strafe dem Gericht anheim. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Nienhaus und Jansen zu je 7200 Mk. und Tekniep zu 3600 Mk. wegen Zollhinterziehung. Die beschlagnahmten 12 Pferde wurden eingezogen. Die erheblichen Kosten fallen den Angeklagten zur Last. Evtl. treten für je 72 Mark ein Tag Gefängnis. Das Urteil wurde noch nicht rechtskräftig.

:: Horst, 30. Nov. **Durch heißes Wasser verbrüht.** Während die Ehefrau Primus in ihrer Wohnung in der Fischerstraße mit dem Kochen von Wäsche beschäftigt war, stürzte das zweijährige Söhnchen in einen auf dem Fußboden stehenden Waschkessel mit heißem Wasser. Mit fürchterlichen Verbrühungswunden ins Krankenhaus geschafft, starb das Kind dort nach kurzer Zeit.

Herford, 30. Nov. **Ein gräßliches Autounglück.** Ein in seinen Ausmaßen entsetzliches Autounglück trug sich vorgestern auf der Landstraße nach Bielefeld zu. Der mit drei Personen besetzte Kraftwagen eines Bielefelder Rechtsanwalts versuchte in ziemlich großer Geschwindigkeit einen anderen Kraftwagen zu überholen, kam dabei aber ins Schleudern und erfaßte ein etwa 20jähriges junges Mädchen. Zunächst wurden der Bedauernswerten beide Beine abgefahren, der Körper dann auseinandergerissen und als blutige, leblose Masse auf ein nahes Feld geschleudert. Das Auto riß einen Baum um und zerschlug sich dann an einer Mauer. Seine Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon.

◇ Bottrop, 30. Nov. **Bergmannstod eines Siebzigjährigen.** Im Grubenbetriebe der Schachtanlage Prosper 1 wurde am Montag während der Mittagsschicht der 70jährige Zimmerhauer J. Wenzel, Sterkraderstraße 74, von einer Grubenlokomotive gegen den Kohlenstoß gedrückt. W. war sofort tot.

❦ Köln, 30. Nov. **An seinem Halstuch erhängt.** Im nahen Frechen hat sich ein 42jähriger Mann, der infolge Familienzwistigkeiten im Obdachlosenheim Unterkunft fand, an seinem Halstuch erhängt. Wie aus den hinterlassenen Papieren hervorgeht, soll der Erhängte auch an Verfolgungswahn gelitten haben.

Bonn, 30. Nov. **Tageseinnahmen bis 800 Mark.** Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte den wegen der gleichen Straftat mit 600 *M*, außerdem wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Sittlichkeitsverbrechens mit Gefängnis schon vorbestraften Kaufmann Johann Heinemann aus Bonn wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften und Bilder zu 6 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. H. hat von Bann und Beuel aus einen schwungvollen Handel mit gemeinen Büchern und Karten betrieben und dabei, wie der Staatsanwalt erwähnte, Tageseinnahmen bis zu 800 *M* gehabt. Er benahm sich in der Verhandlung so ungebührlich, namentlich gegenüber dem Staatsanwalt, daß das Gericht deswegen noch eine Ordnungsstrafe von 60 *M* gegen ihn verhängte.

Rundfunk.

Langenberg/468,8. Münster/241,9.

Dortmund 283.

Donnerstag, 1. Dezember.

13.05—14.30 Uhr: Mittagskonzert der Kapelle Ifeglio, unter Mitwirkung von Prof. Albert Fischer-Berlin (Baß). 14.30—14.35 Uhr: Wie bleibe ich gesund? 16.30—17.30 Uhr: Kinder-Märchenstunde. Ausführende: Lisa Leyner (Rezitationen), Lore Schröter (Gesang). 17.30—18 Uhr: Universitätsprofessor Dr. Sperber: Gutes Deutsch! 18—19 Uhr: Kammermusik, ausgeführt von der Streichtrio- und Bläservereinigung des Westdeutschen Rundfunks (Lindenholz, Rockenhaupt, Fellinger und Fritsche, Hirnet, Grelke, Buschardt, Färber, Scheidt). 1. Von der Düna, Streichtrio d-moll, op. 5, Lemacher. Elegie — Menuett — Serenade. 2. Streichtrio op. 9, Nr. 3, c-moll, Beethoven. 3. Altfranzösische Tänze, Scherrer. 19.15—19.55 Uhr: Universitätsprofessor Dr. Salomon vom Osteuropäischen Seminar der Universität Hamburg: Kulturpolitik im heutigen Rußland. 20 Uhr: Deutscher Volkston und Balladen Leitung: Oskar Ludwig Brandt. Mitwirkende: Oskar Ludwig Brandt (Rezitation), Claire Hansen (Sopran), Helene Guermanowa (Alt), Heinz Holwe (Bariton), Dodja Feldin (Cello). Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks unter Leitung von Otto Jul. Kühn. 1. Einführender Vortrag (Oskar Ludwig Brandt). 2. Orchester: Partita F-Dur, J. Ph. Krieger. 3. Gesang: a) Aennchen von Tharau (nach Simon Dach 1637), Silcher, b) Innsbruck, ich muß dich lassen (Volkslied nach Heinr. Isaac), Sebast. Ochsenkuhn. 4. Rezitation: a) Die Nibelungen, Agnes Miegel. b) Der König in Thule, Goethe. c) Heidenröslein, Goethe d) Der Wirtin Töchterlein, Uhland. e) Bilder Lüng, Liliencron 5. Gesang: a) Heimlicher Liebe Pein (Volksl.), C. M. v. Weber (1818). b) Der Lindenbaum, Schubert; c) Schwesterlein (Volkslied), Brahms. 6. Rezitation: a) Herr Olof (Elica, Blatt) aus Des Knaben Wunderhorn; b) Die traurige Krönung, Mörike; c) Das zerbrochene Ringlein, Eichendorff; d) Das Märchen vom Fischer un syner Fru (nach Ph. O. Runge); e) Niedersächsischer Dorftanz, Söhle. 7. Orchester: Schäfertanz aus der Suite „Wie es Euch gefällt", H. H. Wetzler. 8. Gesang: a) Ich ging einmal spazieren zu Cöllen an dem Rheine (nach Nikolaus Zaugius), H. Rosenberg; b) Der Kuckuck auf dem Birnbaum saß (Volkslied), bearbeitet von Schiebold; c) Horch, was kommt von draußen rein (Volkslied), Volksweise; d) Der eine allein (Löns), Hannes Ruch. 9. Rezitation: a) Abseits, Storm; b) Traum, Herm. Hesse; c) Vom Scheiden, Schuaich-Carolath; d) Der Arbeitsmann, Dehmel; e) Lied der Kohlenhäuer, Gerrit Engelke; f) Abendlied, Matth. Claudius. 10. Orchester: Abendlied (mit Cellosolo), Schumann. — Anschließend: Letzte Meldungen, Sportbericht. — Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik Leitung: Ringnalda.

Wetterbericht.

Essen, 30. Nov. Das gestern auf dem Nordmeer gelegene Tief mit seinem nach dem Kanal reichenden Ausläufer ist schnell nach Osten abgezogen. Auf seiner Rückseite hat sich über Südengland, der Nordsee und Südskandinavien ein kräftiges Hochdruckgebiet aufgewölbt, während ein flacher Tiefdruckausläufer über Frankreich dem Westen Deutschlands Trübung bringt. Auch in den übrigen Gebietsteilen Deutschlands ist die Witterung meist neblig oder trübe. Die Temperaturen lagen heute morgen zwischen minus 2 und plus 4 Grad. Ein über dem Nordmeer neu erschienener Tiefdruckwirbel wird uns zunächst nicht beeinflussen. Vorhersage bis Freitag: Meist wolkig, nur vorübergehend etwas aufheiternd, vorwiegend trocken, ziemlich rauh, leichter Nachtfrost.

Märkte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

= Dortmund, 30. Nov. Zum heutigen Zucht- und Faselviehmarkt wurden aufgetrieben: 736 Großvieh, 224 Schweine, 37 Kälber. Der Handel war langsam. Kühe kosteten 300—720 *M*. Rinder kosteten 250—500 *M*. Einzelne Tiere wurden über Notiz bezahlt. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarkenkennummern versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" tragen. Es sind die Nr 24 863—25 601 verwandt worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es wurden bezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 12—16 *M*, für 8—10 Wochen alte Ferkel 16—28 *M*, für 10—12 Wochen alte Ferkel 28 bis 40 *M*. Der nächste Markt findet am 7. Dezember 1927 statt.

Berliner Schlachtviehmarkt.

× Berlin, 30. Nov. Auftrieb: Rinder 1196, darunter Ochsen 166, Bullen 319, Kühe und Färsen 705, Kälber 2338, Schafe 3216, Schweine 14 268, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2013, Auslandschweine 1376. Für 50 kg Lebendgewicht wurde bezahlt: Ochsen a) 60 bis 62, b) 54—58, c) 49—52, d) 40—45, Bullen a) 58—60, b) 54—57, c) 49—52, d) 46—48, Kühe a) 46—49, b) 36 bis 43, c) 25—32, d) 21—24, Färsen a) 55—57, b) 50—53, c) 43—47, Fresser 38—48, Kälber a) 75—84, b) 58—70, c) 42—52, Schafe a) 58—61, b) 41—52, c) 36—40, b) 22 bis 32, Schweine a) 62—63, b) 59—62, c) 55—59, d) 51 bis 54, Sauen 53—56 *M*. — Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern ruhig, ausgesuchte Kälber über Notiz, Schafen langsam, Schweinen ruhig.

Amtl. Produktionsnotierungen in Berlin am 30. November 1927.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg)

	30. 11.	29. 11.		30. 11.	29. 11.
Weizen märk	240/43	241/244	Weizenmehl	31,34½	31½/34½
			Tendenz	ruhig	stetig
Dezember	268½/68¼	269½	Roggenmehl	32/34	33½/3415
März	275½	277	Tendenz	ruhig	stetig
Mai	278½/77½	279/78½	Weizenkleie	15	15
Tendenz	matt	ruhig	Tendenz	beh	beh.
Roggen märk	237/40	238/41	Roggenkleie	13	13
Dezember	257½ 58½	2 9/58½	Tendenz	beh.	beh.
März	263¾/64	263¾/63¾	Raps	345—350	34 —350
Mai	264¾/65½	268½/64¾	Tendenz:	beh.	
Tendenz	stetig	stetig	Leinsaat	360/65	360/65
			Tendenz	beh.	
Gerste.			Viktoriaerbs.	50—56	50 56
Sommer-	220/264	220/264	kl. Speiseerbs	32—35	34—35
Winter- u.			Futtererbsen	21—22	21—22
Futtergerste	—	—	Peluschken	20 21	—
Tendenz	stetig		Ackerbohnen	20 21	20—21
			Wicken	21 24	21—24
Hafer märk	201/211	202/12	Lupinen blaue	14—14½	14—14¼
Dezember	221	221/22	gelbe	15.7—16.1	—
März	232	234	Seradella alt	—	—
Mai	236½	237/38	neu	—	—
Tendenz	ruhig	stetig	Rapskuchen	18.1—18.5	18.1—18.2
Mais Waggon			Leinkuchen	22.8—23.	22.8—24.
frei ab			Trockenschn	11.6—11.8	11.8—11.7
Hamburg	207/209	207/209	Soyaschrot	20.5—20.8	20.5—20.8
Tendenz	beh.	stetig	Torfmelasse		—
			Kartoffelflock.	24.3/24.7	24.3-24.7

Bremen: Baumwolle.

	30. 11. Brief	30. 11. Geld	30. 11. bezahlt	29. 11. Brief	29. 11. Geld	29. 11. bezahlt
loco	21.44			21.42		
Januar 28	20.72	20.68	20.70	20.75	20.63	20.75
März	20.16	20.84	20.85	20.89	20.7	20.38
Mai	21.02	21.08	21.02	21.06	21.04	21.0?
Juli	20.95	20.91	—.	20.96	20. 4	20.94
September	—.	—.	—.	—	—	—
Oktober	20.48	20.42	20 43	20.60	20.?2	—
Dezember	20.64	20.60	20.64	20.69	20.63	21.0?

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle.

	29. 11.	30. 11.		29. 11.	30. 11.
loco	10 92	10.8?			
Januar 1928	10.32	10.41	Juli 1928	10.?7	10.31
Februar	10.29	10.37	August	10.1?	10.41
März	10.30	10.38	September	10.06	10.14
April	10.28	10.3	Oktober	9.93	10.03
Mai	10.30	10.37	November	10.32	9.93
Juni	10.26	10.34	Dezember	10.31	10.43
			November 1928	9.92	9.93

Tendenz: gut behauptet

	29. 11.	30. 11.
Tagesimport	—	8219
Tagesloco-verkäufe	6000	—
Exportverkäufe	200	—
Spez. Upper F. G. fair loco	1410	1410

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	30. 11.	29. 11.
Loco F. G. Surtee	9.95	990
„ F. G. Broach	945	940
„ F. G. Nr. 1 Oomra	88.	870
„ F. G. Amerik. Sind-Punjab	965	960
„ F. G. Bengal	810	805
„ F. G. Sind	810	805
„ F. G. Tinnivelly		—

New-York Baumwolle.

	30. 11.	29. 11.		30. 11.	29. 11.
loco	19. 0	19.40			
Januar	19.10—11	19.?—99	Juli	19.5?—54	19.3 33
Februar	—	—	August	19.44	19.2?
März	19.30—32	19.19—20	September	19.34	1 .?7
April	—	—	Oktober	19.14	19.02
Mai	19.50—51	19.37—38	November		
Juni	—	—	Dezember	19.11—12	18.97—9

Tendenz: stetig

Am Sonntag, den 4. Dezember 1927, sind die Geschäfte geöffnet

Aus der Heimat.

Bocholt, den 1. Dezember 1927.

z. **Nikolausmarkt. — Gut beschickt, aber wenig Kauflust.** Am gestrigen Tage fand in unserer Stadt der übliche Nikolausmarkt statt, der dem Straßenleben wieder das gewohnte Bild gab. Der Markt war ebenso wie in früheren Jahren gut beschickt, dichte Budenreihen der verschiedensten Branchen hatten vor dem Rathaus Aufstellung genommen. Der Verkaufsbetrieb schien aber an den meisten Stellen nicht sehr groß zu sein, nur einzelne Verkäufer dürften ein gutes Geschäft gemacht haben. Im Allgemeinen war die Kauflust ziemlich flau. Bis in die Nachmittagsstunden herrschte besonders in der Nähe des Marktplatzes fast kirmesmäßiger Betrieb. Vor allem die ländliche Bevölkerung, die bekanntlich am Nikolausmarkttag ihren freien Werktag hat, war stark vertreten.

z. **Hauskollekte zugunsten des Katharina-Emmerich-Stiftes.** In den nächsten Tagen findet in unserer Gemeinde eine Hauskollekte statt zugunsten des Katharina-Emmerich-Stiftes zu Carthaus bei Dülmen i. W. In dem Stift wird jungen, gefährdeten, insbesondere geistig schwachen Mädchen eine hauswirtschaftliche und gewerbliche Ausbildung vermittelt, damit sie im Leben zurechtfinden und sich eine Zukunft schaffen können. Es ist ein währhaft christliches Werk, das auch der hochw. Herr Bischof von Münster der besonderen Mildtätigkeit seiner Diözesanen aufs wärmste empfiehlt.

m. **Milchpreiserhöhung.** Der Milcherzeugerpreis für gute Lieferantenmilch wird ab 1. Dezember um 2 Pfg. erhöht, demnach wird auch der Kleinhandelspreis um 2 Pfg. steigen.

p. **Fundsachen.** Auf dem Fundbüro, Rathaus — Zimmer Nr. 3 — würden als gefunden angemeldet bezw. abgegeben: 1 Damenfahrrad, 1 Zierkuh.

z. **Verein katholischer Akademiker.** Der für morgen Abend angekündigte Vortrag des Herrn Pater Dr. Corn. Schröder über das Thema „Stephan George und Franz Werfel als Repräsentanten modernen Geistes", muß leider wegen plötzlicher Erkrankung des Redners ausfallen. Es ist dem Verein aber gelungen, einen anderen Redner für den gleichen Abend zu gewinnen und zwar wird Herr Pater Dr. Beda Kleinschmidt O. F. M. morgen Abend 8,30 Uhr im kleinen Saale des Schützenhauses sprechen. Der bekannte Redner, der kürzlich seinen 60. Geburtstag feiern konnte, wird „Spaniens Kunst und Kultur in seiner Blütezeit" behandeln und eine Reihe eigens angefertigter Lichtbilder vorführen. Da Pater Kleinschmidt ein guter Kenner des Landes ist, darf man auf einen interessanten Vortrag rechnen. Spanien ist uns gerade in der Nachkriegszeit durch gute neue Literatur wieder nahe gekommen, nachdem seine große Vergangenheit in Mitteleuropa bereits stark in Vergessenheit geraten war. Es ist wohl anzunehmen, daß weite Kreise dem Vortrag, zumal er durch gute Lichtbilder erläutert wird, starkes Interesse entgegenbringen. Jeder ist herzlich willkommen. — Der Vortrag über George und Werfel wird im Laufe des Winters nachgeholt werden.

n. **II. Konzert (Kammermusikabend) des M. G. V. „Sängerbund" am Donnerstag, den 8. Dezember (Maria Empfängnis), abends pünktlich 7,30 Uhr im Saale des St. Georgius-Schützenvereins.** Mitgeteilt wurden bereits die Namen und die Besetzung des Westfälischen Streich-Quartetts. Im ersten Teil bringt die Vortragsfolge:

1. Josef Miroslav Weber, Quartett h-moll für 2 Violinen, Bratsche und Cello
   Allegretto — Minuetto moderato — Comodo — Allegro furioso
2. Julius Weißmann, op. 50, Phantastischer Reigen für 2 Violinen, Bratsche und Cello.
   Die Sonne schwand. Hell scheint ins Land
   Der Mond und streut den Silberglanz,
   Der Reigen dreht sich Hand in Hand
   Und Mund an Mund und Kranz an Kranz . . .

   Da steigt es aus der Wiese leis
   Und beut sich auch die Hände sacht:
   Gemüber schwebt ein stiller Kreis
   Im blauen Duft der Lenzesnacht.
   Konrad Ferdinand Meyer.

   Zweiter Teil:
3. Josef Haydn, op. 3 Nr. 5, Quartett F-dur für 2 Violinen, Bratsche und Cello
   Pestro — Andante cantabile (Serenade) — Menuetto — Scherzando
4. Anton Dvórak, op 96, Quartett F-dur für 2 Violinen, Bratsche und Cello
   Allegro ma non troppo — Lento — Molto vivace — Vivace ma non troppo.

Damit Störungen beim Beginn vermieden werden, bitten wir, die Karten möglichst im Vorverkauf in der Buchhandlung von Johann Valk, Nobelstraße, entnehmen zu wollen. Später kommende Besucher können nur in der Zwischenzeit der Vortragsfolge Einlaß erhalten.

r. **Konzert-Gastspiel des Ukrainischen Volkschores.** Ueber Erwarten groß war die Besucherzahl, die sich am Dienstag abend zu dem Konzert-Abend des Ukrainischen Volkschores im Capitol-Theater eingefunden hatte. Wie immer, hatte auch diesmal das Fremdartige gezogen, umsomehr, als wir auch in Bocholt durch Balalaika-Konzerte in die Eigenart russischer Kompositionen vor nicht allzulanger Zeit eingeführt sind. Abermals bot sich uns mit dem Auftreten des Ukrainischen Volkschores eine konzertliche Leistung aus einem Guß. Die durchweg sorgsam abgestufte Dynamik, der schneidige Vortragsakzent, die Beherztheit der Leitung verbanden sich zu vollkommenster Wirkung. Die täuschend orchestrale Untermalung der Soli dürfte als Spezifikum der Chorkunst anzusprechen sein. Wir haben es bei den Russen mit einem Chor zu tun, in dem die stimmliche Entfaltung der Sänger und Sängerinnen bewußt die Einheit des Kräfteapparates wahrt. Klangfarbig nahmen sich die Lautimitationen aus, der Gruß der Neujahrsglocken ebenso originell wie etwa die Waldvogelsinfonie. Die starke Bildhaftigkeit des Vortrages half über die sprachliche Kluft zwischen Chor und Hörern überhaupt hinweg. An exakter Formung überboten sich gemischte und Kosakenchöre gegenseitig. Die äußere Aufmachung, von der Buntfarbigkeit der Kostüme bis zum Straßenglanz der Schminke sorgte für Eindruckswürme. Beifall und Schlußzugabe zeugten von der Vollwertigkeit des Konzertgenusses.

* * *

v. **Rhede, 30. Nov. Kath. Arbeiter-Verein.** Die Versammlung, die am Sonntag im Saale J. Heinrichs stattfand, war überaus stark besucht. Herr Arbeitersekretär Jakob hielt unter großer Aufmerksamkeit einen lehrreichen von großer Sachkenntnis zeugenden, einstündigen Vortrag über die kulturellen und wirtschaftlichen Gegenwartsaufgaben der kath. Arbeiter-Vereine. In der darauf folgenden Aussprache erstattete das Vorstandsmitglied Joh. Nienhaus Bericht über die letzte Vorstandssitzung vom 16. 11., in der beschlossen worden sei, wenn eben möglich, im nächsten Sommer mit dem Bau des neuen Vereinshauses zu beginnen. In nächster Zeit soll eine Liste zirkulieren, in die die Mitglieder freiwillige Beiträge zum Bau des Vereinshauses eintragen mögen. Durch eigene Spargelder sind schon 7000 Mark aufgebracht worden. Der Vorsitzende der „Werkjugend" bat die älteren Mitglieder, dafür zu sorgen, daß die Jungens mehr als bisher die Unterrichts-Abende besuchen. Nach eingehender Aussprache über sonstige wirtschaftliche Fragen, schloß der Herr Präses mit dem christlichen Arbeitergruße die Versammlung.

m. **Vardingholt, 30. Nov. Beihilfe der Wiederaufbaugenossenschaft.** Der durch das Brandunglück in Vardingholt betroffene Landwirt Jos. Honjel hat seine Habe nicht gegen Feuer versichert. Derselbe ist Mitglied der Wiederaufbaugenossenschaft für den Amtsgerichtsbezirk Bocholt e. G. m. b. H. und erhält von diesem gemeinnützigen Institut eine angemessene Beihilfe zur Wiederherstellung der vernichteten oder beschädigten Sachen, sei es in bar, in Materialien oder auch in zweckentsprechender Arbeitshilfe der Genossen.

* **Dorsten, 29. Nov. Autounfall.** Ein Landwirt aus Kirchhellen fuhr mit seinem Flachwagen in der Richtung Kirchhellen — Dorsten. Aus der Richtung Kirchhellen kam ein Personenkraftwagen und als dieser das Pferdefuhrwerk bemerkte, gab er Warnungssignale, worauf der Führer des Fuhrwerkes versuchte, die Straße zu überqueren, um die linke Seite der Straße einnehmen zu können. In diesem Augenblick sauste der Personenkraftwagen heran und wäre zweifellos dem Pferdefuhrwerk in die Flanke gefahren, falls es dem Kraftwagenführer nicht noch im letzten Augenblick gelungen wäre, den Kraftwagen zum Halten zu bringen. Durch das starke Bremsen des in voller Fahrt befindlichen Kraftwagens wurde dieser zur Seite geschleudert und rannte auf einen Chausseebaum auf, der vollständig abgeschnitten wurde. Der Wagenführer erlitt schwere Quetschungen an der Hand. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

* **Emsdetten, 29. Nov. Ein sonderbarer Fall.** Ein hiesiger Fabrik-Untermeister, der während des Krieges eine Gesichts- und eine Beinverletzung erlitt, verspürte seit einiger Zeit heftige Nackenschmerzen. Da er ein Geschwür im Entstehen glaubte, wurde gepappt. Es bildete sich eine Wunde, auf deren Grund man einen metallischen Gegenstand feststellte. Man zog am Samstag einen Arzt hinzu und der holte einen Knopf der feldgrauen Uniform — vielleicht von der Achselklappe — heraus, der sich 12 Jahre lang in dem Organismus herumgetrieben hatte, ohne daß der Träger irgend eine Ahnung davon gehabt.

Vom Niederrhein.

— **Isselburg, 30. Nov. Plötzlicher Tod.** Am Sonntag morgen wurde der Landwirt Martin Schmalhorst in der Scheune als Leiche aufgefunden. Ein Herzschlag hatte dem Leben des noch rüstigen Mannes ein frühzeitiges Ende gemacht.

— **Isselburg, 29. Nov. Kath. Jünglings-Verein.** Am Sonntag versammelten sich die Mitglieder des kath. Jünglings-Vereins Isselburg im Vereinszimmer der Kaplanei. Es war nach der Vergrößerung und dem Umbau des Vereinszimmers das erste Mal, daß sich die Jugend dort wieder zusammenfand. Durch den Ausbau des Zimmers ist ein schöner Raum gewonnen worden für die Jugend, die nun nicht mehr auf Wirtschaftslokale angewiesen ist, wenn sie Sonntag abends Unterhaltung und Kurzweil sucht; alle Eltern können getrost ihren Sohn zum Vereinszimmer gehen lassen. Am Sonntag abend war ein Vortrag vorgesehen für alle Mitglieder des Jünglings-Vereins über 16 Jahre. Nachdem der Präses des Vereins, Herr Kaplan Speer, die erschienenen Mitglieder und den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-Verbandes der Ortsgruppe Isselburg Herrn B. Kobs, nebst dem Bezirkssekretär der kath. Arbeitervereine Herrn B. Krenenbrink begrüßt hatte, wurde das gemeinschaftliche Lied „Tapfer und Treu" gesungen. Dann erteilte der Präses dem Bezirkssekretär Krenenbrink das Wort. In einem einstündigen Vortrage führte Redner die Jugend in das Wesen der Arbeiterbewegung ein. Er nannte deren Ursache und zeigte auch die Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage auf. Aufmerksam lauschte die Jugend dem Vortragenden. Wenn auch vielleicht nicht alle Einzelheiten begriffen wurden, so bewies ihre Aufmerksamkeit doch großes Interesse. Hierauf sprach Herr Kobs in warmen Worten zu den jungen Leuten und ermahnte sie, treu zum Verein zu halten und wirtschaftlich sich nur den christlichen Organisationen anzuschließen. Der Leiter der Sportabteilung, W. Nouhaus, warb für seine Turnabteilung und bat um Unterstützung allerseits. Da die Fahne des Jünglings-Vereins sehr reparaturbedürftig ist, wurde beschlossen, sie nach Weihnachten in Reparatur zu geben. Zur Deckung der Kosten zahlen die Mitglieder unter 16 Jahre 5 Pfg., die über 16 Jahre 10 Pfg. pro Monat. Nach einigen gemeinschaftlichen Liedern wurde die Versammlung mit einigen Schlußworten und dem Gruße „Tapfer und Treu" von Herrn Kaplan Speer geschlossen.

— **Wesel, 30. Nov. Dekanats-Cäcilienfest 1928.** Bei der Feier des Cäcilien-Vereins des Kirchenchors der Maria-Himmelfahrts-Gemeinde in Wesel wurde der Anregung Ausdruck gegeben, die Feier des 75 jährigen Bestehens des Cäcilien-Vereins Maria Himmelfahrt Wesel mit der Dekanatsfeier für die Dekanate Rees und Emmerich zu vereinigen. Gleichzeitig soll bei dieser Veranstaltung die Weihe der neuen Vereinsfahne des Weseler Vereins vorgenommen werden. Die kirchliche Feier und die Darbietungen der einzelnen Chöre sind in der neuen Himmelfahrtskirche in Wesel in Aussicht genommen. Die Feier soll in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten 1928 stattfinden.

Aus der Bocholter Zentrumspartei.

Besprechung wichtiger politischer und kommunaler Fragen.

Am Dienstag abend 8,30 Uhr fand im Gesellenhaus eine Versammlung der Vertrauenspersonen der Bocholter Zentrumspartei statt, die außerordentlich gut besucht war, ein Beweis für das Interesse, das man den auf der Tagesordnung stehenden Punkten entgegen brachte.

Der Vorsitzende, Herr Sanitätsrat Dr. Farwick, ging zunächst noch einmal auf die wichtigsten Fragen ein, die Reichstagsabgeordneter Joos in seiner Rede vor einigen Wochen in Bocholt behandelt hat und wies auf die mannigfachen Schwierigkeiten hin, mit denen wir in nächster Zeit bei der Gestaltung des politischen Lebens zu rechnen haben. Er betonte aber, daß unsere Lage sich trotz all dieser Schwierigkeiten seit dem Jahre 1923 bedeutend gebessert habe und daß wir nach den schweren Opfern des verlorenen Krieges und der Inflation und bei starken finanziellen Verpflichtungen dem früheren feindlichen Ausland gegenüber verhältnismäßig günstig dastünden, wie vor allem auch ein Vergleich unserer Lage mit der Zeit um 1880 herum, also 9 Jahre nach dem siegreichen Krieg von 1870 deutlich erkennen lasse. — Im Augenblick sind zwei Dinge, die uns politisch besonders beschäftigen:

1. Das in der Beratung befindliche Reichsschulgesetz.

Nach den Ausführungen des Abgeordneten Joos dürfen wir erwarten, daß das Gesetz zustandekommt und daß die Schulfrage eine Regelung erfährt, mit der wir uns abfinden können. Daher erübrigt sich eine Aussprache über diesen Gesetzentwurf, zumal am kommenden Sonntag Herr Prof. Dr. Schreiber, ein vorzüglicher Kenner der ganzen Materie, im Gesellenhaussaale diese Frage noch einmal eingehend behandeln wird.

2. Die Beamtenbesoldung.

Das ist das zweite im Vordergrund des Interesses stehende Problem. Auch diese Vorlage ist in der Beratung der Reichstagskommission so weit fortgeschritten, daß sie Mitte Dezember unter Dach und Fach kommen dürfte. Bei dieser Frage ist es im Lande zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Zu den vielumstrittenen Ausführungen Stegerwalds, der vor allem betont, daß mit und vor der Besoldungserhöhung eine Verwaltungsreform in die Wege geleitet werden müsse, ist zu sagen, daß die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform wohl allgemein zugegeben werden muß. Angesichts der Ueberorganisation auf dem Gebiet der Verwaltung und der übergroßen Anzahl von Beamten ist eine Reform unbedingt erforderlich. Der Beamtenabbau hat noch nicht genügt. Heute sehen wir wieder, daß neue Verwaltungsstellen mit neuen Beamten gebildet werden (Arbeitsämter). Wenn auch der Leerlauf im Verwaltungsbetrieb und die vielen Kompetenzstreitigkeiten zur Reform zwingen, so ist doch Stegerwalds Vorschlag, Besoldungserhöhung und Verwaltungsreform zu verknüpfen, nicht durchführbar, weil eine solche Reform äußerst schwierig und nur in mehreren Jahren durchzuführen ist. Den guten Willen und das Streben nach Gerechtigkeit darf man der Regierung nicht absprechen; in diesem Punkt gehen Imbuschs Ausführungen in Gelsenkirchen zu weit. Ueberhaupt ändern die vielen Reden im Lande an der Sache nicht viel. Sie führen nur zu fruchtlosen Reibereien. Innerhalb der Zentrumspartei muß eine ruhige Aussprache auch über diese Frage möglich sein.

In der Diskussion über diesen Punkt erklärte Herr Gewerkschaftssekretär Göwert, daß die Arbeiterschaft den Beamten eine angemessene Besoldungserhöhung gerne gönne, daß man aber andererseits auch die Erregung in ihren Kreisen verstehen könne. Wenn immer wieder von den hohen sozialen Lasten, die doch eigentlich soziale Pflichten sind, die Rede ist, wenn es bei einer Lohnbewegung der Arbeiterschaft von seiten der Wirtschaft und der Regierung immer heißt, eine Lohnerhöhung sei nicht tragbar, während man andererseits die Besoldungsvorlage mit einer Mehraufwendung von 1¼ Milliarden für tragbar hält, dann wird die Erregung der Arbeiterschaft verständlich. Man darf nicht immer auf die Lohnerhöhungen seit 1924 hinweisen, da die prozentualen Erhöhungen nicht so sehr maßgebend sind als das Effektivverdienst, das noch lange nicht an den Reallohn der Vorkriegszeit heranreicht. Auch das Verhalten der Arbeitgeber im Tabakarbeiterstreik hat die Arbeiter stark erregt. Im Uebrigen soll man wirklich versuchen, mit der Verwaltungsreform Ernst zu machen, die Stegerwald gerade im Interesse des Berufsbeamtentums wünscht. Wenn die einzelnen Stände genügend Rücksicht aufeinander nähmen, werden alle diese Fragen in richtiger Weise gelöst werden können.

Herr Studienrat Sommer betonte, daß die Verwaltungsreform bei den Parlamenten, die sich zu ausgesprochenen Gesetzgebungsfabriken entwickelten, anfangen müsse, daß zu ihrer Durchführung aber sicher einige Jahre notwendig seien. Er wies dann noch darauf hin, daß in der Summe der Gehälter und Pensionen auch die Bezüge für die Kriegsbeschädigten enthalten seien, deren Höhe eine Folge des verlorenen Krieges sei.

Herr Gewerkschaftssekretär Rudolf ergänzte die Ausführungen des Herrn Göwert.

Darauf ging der Vorsitzende zum 2. Punkt der Tagesordnung über

„Wir und das Reichsbanner".

Das Auftreten der vaterländischen Verbände in den ersten Jahren nach dem Kriege führte zu der natürlichen Gegenbewegung im Reichsbanner, das zeitweise und in manchen Gegenden notwendig gewesen ist. In der Oeffentlichkeit symbolisiert sich der Kampf beider Richtungen in dem Eintreten für Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß-rot. Auch die Flaggenfrage wird dadurch kompliziert, daß die Reichsflagge gleichzeitig die Flagge eines politischen Verbandes ist. Angesichts der Tatsache, daß politische Verbände neben den Parteien immer ein Unheil sind, ist es wünschenswert, wenn die Rechts- und Linksverbände verschwinden würden. Wo Druck ist, wird immer Gegendruck entstehen. Daher hat das Reichsbanner hier und da eine Berechtigung. In Bocholt liegen die Verhältnisse anders. Getreu der Tradition der Partei, nichts zu fördern, was die Bürger trennt, lehnt die örtliche Parteileitung eine offizielle Unterstützung des Reichsbanners ab. Jedem Anhänger bleibt es überlassen, Mitglied des Reichsbanners zu werden oder nicht.

Eine kurze Aussprache ergab die Zustimmung der Versammlung zu diesem Standpunkt, den die Bocholter Zentrumspartei immer eingenommen hat.

Der 3. Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit einigen wichtigen

kommunalpolitischen Fragen.

Zunächst referierte Herr Arbeitersekretär Jakob über den Stand und die Aufgaben des

Wohnungsbaues.

Die Bevölkerung der Stadt Bocholt betrug 25 656 im Jahre 1908, 25 639 im Jahre 1918 und 31 693 im Jahre 1926. Wir haben also seit 1918 eine Zunahme von 6054 oder 23 Prozent zu verzeichnen. Sterbefälle hatten wir 1908 576 oder 22 %o, 1918 643 oder 25 %o und 1926 342 oder 11 %o.

Da nicht so viele Haushaltungen aufgelöst wurden wie man nach der Anzahl der Sterbefälle annehmen sollte, ergibt sich ein starker Wohnungsmangel, der sich noch mehr auswirken würde, wenn die Anzahl der Geburten nicht zurückgegangen wäre und zwar von 1135 (44 %o) im Jahre 1908 auf 832 (23 %o) im Jahre 1926.

Für den Wohnungsbedarf ist besonders ausschlaggebend das „Mehr" an Haushaltungen gegenüber früheren Jahren. Seit 1919 wurden in Bocholt 2542 Trauungen verzeichnet. Die Anzahl der Haushaltungen stieg von 5048 im Jahre 1919 auf 5885 im Jahre 1926.

Da wir 1926 4186 Gebäude mit 5069 Wohnungen hatten, fehlen Wohnungen für 816 Haushaltungen. Als Wohnungssuchende sind angemeldet 792, d. h. rund der 7. Teil sämtlicher Haushaltungen in Bocholt ist ohne eigene Wohnung.

Von 1919 bis 1927 wurden 925 Wohnungen gebaut. Besonders erfreulich war das Ergebnis im letzten Jahre, in dem gebaut wurden

- 47 Wohnungen des Bauvereins,
- 4 Lehrerwohnungen,
- 24 Notwohnungen,
- 8 Beamtenwohnungen,
- 72 Wohnungen von Privaten und
- 40 Wohnungen von der „Heimstätte", der neugegründeten Baugenossenschaft der katholischen Arbeiter-Vereine,

das sind zusammen 195 Wohnungen.

Das Jahresaufkommen aus der Hauszinssteuer beträgt rund 175 000 Mark. An städtischen Anleihen wurde für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt eine Summe von 400 000 Mark und zwar zu den gleichen Bedingungen, wie die Hauszinssteuerhypotheken, d. h. zu 3 Prozent Verzinsung und 1 Prozent Amortisation.

Angesichts der großen Anzahl der Wohnungssuchenden ergibt sich, daß auch jetzt der Wohnungsbau noch unsere vornehmste, kommunalpolitische Aufgabe ist, denn gute Wohnungen sind die Voraussetzung für ein gesundes Volk und für ein christliches und sittliches Familienleben.

Auch wird ein großer Teil der für Zwecke der Wohlfahrtspflege ausgegebenen Summen so lange nicht den gewünschten Erfolg haben, als man das Uebel nicht an der Wurzel packt, d. h. für gute und gesunde Wohnungen sorgt. Der Bau des Gymnasiums und einer Schwimmbadanstalt ist gewiß notwendig, aber im Vordergrund steht heute immer noch der Wohnungsbau. Wenn auch die Aussichten gegenwärtig nicht allzu günstig sind, so muß doch in der bisherigen Weise weiter gearbeitet werden. — Es dürfte zweckmäßig sein, in Zukunft kleinere Wohnungen zu bauen als bisher, da der niedrige Verdienst der meisten Arbeiterfamilien keine hohe Miete tragen kann und außerdem das Mobiliar nicht für allzu viele Räume ausreicht.

Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es der gemeinsamen Tätigkeit aller Stellen gelingen möge, in Bocholt bei der Bekämpfung der Wohnungsnot dem erstrebten Ziele näherzukommen.

Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen ging man zu dem Punkt

„Verkehrsfragen"

über, zu dem Herr Stadtverordneter Imping einen kurzen Bericht über den Ausbau des Straßennetzes in der Stadt Bocholt gab.

Mit der wachsenden Ausdehnung der Stadt ergab sich auch die Notwendigkeit einer Anlage neuer Straßen. Ein großer Teil der in der Nachkriegszeit errichteten Wohnungen liegt an solchen neuen Straßen, die nach und nach ausgebaut werden müssen. Während die Verkehrsstraßen in Rücksicht auf den Verkehr möglichst breit und mit besonderer Fahrbahn hergerichtet würden, hat man einige Wohnstraßen (Burggrafen- und Knappenstraße) in einer Weise ausgebaut, die viel kritisiert wird. Zum Teil ist das eine Folge der Absicht, Straßenbaukosten zu sparen und die Anliegerbeiträge möglichst niedrig zu halten. In gut ausgebauten Straßen sind diese Straßenbaukosten außerordentlich hoch. Zwar wird der Wert der Gebäude in solchen Straßen steigen, aber davon merken die Anlieger gewöhnlich nichts. Vor allem in den Verkehrsstraßen entstehen sehr hohe Baukosten, deren Umlage auf die Anlieger eine harte Maßnahme ist. Hier muß unbedingt eine Aenderung geschaffen werden. Im Allgemeinen ist der Straßenausbau der letzten Jahre nur zu begrüßen. Es sind eine Reihe schöner Straßen in den verschiedenen Außenbezirken der Stadt entstanden, z. B. Gustav-Becker-, York- und Blücherstraße mit ihrem leichten Asphaltbelag. Die Bärendorferstraße enthält ein Betonpflaster, von dem man sich trotz der erst dreijährigen Erfahrung viel verspricht. Wenn es heute noch viele anscheinend stiefmütterlich behandelte Straßen gibt, so tragen die Anlieger vielfach selbst die Schuld. Nicht böser Wille der Verwaltung verhindert den Ausbau, sondern die Weigerung einiger Anlieger, ihre Vorgärten oder kleine Grundstücksstreifen an die Stadt abzutreten. Sonst könnte noch viel mehr auf dem Gebiete des Straßenausbaues geleistet werden.

In der Aussprache bestätigte Herr Stadtverordneter Knufmann die Behauptung von der Widerspenstigkeit einiger Anlieger. Herr Stadtverordneter Rettig habe verschiedene Versuche gemacht, einzelne Anlieger für den Straßenausbau zu gewinnen, aber ohne Erfolg. Herr Stadtverordneter Imping wies darauf hin, daß infolge des Fehlens eines Bebauungsplanes in früheren Jahren wild darauf losgebaut worden sei, ein Verschulden, das sich jetzt rächte. — In der weiteren Aussprache betonte Herr Stadtverordneter Jakob, daß es ein unsinniges Verhältnis sei, wenn die kleinsten Häuser prozentual mit den höchsten Straßenbaukosten belastet seien. Vielleicht sei eine andere Regelung der Aufbringung der Kosten möglich. Die Stadtverordneten Imping und Knufmann gaben diese Tatsache zu, erklärten aber, daß man bisher keinen anderen Modus gefunden habe, als die Kostenberechnung nach dem laufenden Meter und den tatsächlich aufgelaufenen Baukosten. Das neue Städtebaugesetz werde hoffentlich eine bessere Regelung bringen.

Darauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen, da die Zeit schon außerordentlich weit vorgeschritten war. Die weitere Tagesordnung soll bei einer Zusammenkunft noch vor Weihnachten erledigt werden. Die Sitzung nahm einen überaus anregenden Verlauf und bewies das starke Interesse, das besonders für kommunale Fragen in der Zentrumswählerschaft vorhanden ist. Es dürfte sich also empfehlen, häufiger derartige Besprechungen der Vertrauenspersonen abzuhalten, die letzten Endes auch der Entwicklung unseres ganzen Gemeinwesens zugute kommen.

M.-G.-V. Sängerbund e.V.
Bocholt
gegr. 1885

II. KONZERT
1927/28

Kammermusikabend

am Donnerstag, den 8. Dez.
(Mariä Empfängnis)
abends **7,30 Uhr** pünktlich im Saale des „St. Georgius-Schützenvereins."

Ausführende:
Westfälisches Streichquartett.

Dekoration: Fa. Jos. Wissing

Stuhlreihen: Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung von Joh. Valk, Nobelstraße. Die passiven Mitglieder wollen ihre Karten ebenfalls dort recht bald in Empfang nehmen.

Landwirtschaftlicher Ortsverein Mussum.

Am **Freitag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr** an der „Mühle"

Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Hofschlag: „Zweck und Aufgabe des Westfälischen Bauernvereins".
2. Vortrag des Herrn Direktor Jasper über Fütterung des Milchviehes mit Berücksichtigung der diesjährigen Futterernte.
3. Besprechung zwecks Gründung eines Reitervereins.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bis zu 300 Reichsmark

Belohnung!

zahlen wir demjenigen, der entweder uns, dem Jagdberechtigten oder den zuständigen Behörden und Beamten die in den Jagdrevieren unserer Mitglieder tätigen Wilderer so namhaft macht, daß eine Verurteilung erfolgt.

Selbst geringfügige Angaben, die geeignet sind, Jagdvergehen aufzudecken, belohnen wir in gleicher Weise, wenn sie mit dazu beigetragen haben, einen Wilderer zu überführen. Falls die Anzeige bei uns eingeht, bleibt der Name des Anzeigenden geheim.

Angeschlossen sind fast alle Reviere des Kreises.

Jagdschutz-Genossenschaft des Kreises Borken e. V. (Sitz Bocholt)

---

100 Mk. Belohnung

zahlen wir demjenigen, der uns einen

Brieftaubenschützen

namhaft macht, so daß wir ihn gerichtlich belangen können.

Brieftauben-Reise-Vereinigung für Bocholt und Umgegend.

Empfehle allerfeinste

Hessische Leberwurst
Lippische Rotwurst
Hannoversche Bierwurst
„ Leberwurst
Braunschweiger Mettwurst
sowie div. Sorten

Blockwurst

Cornedbeef und Sülzen

Heinr. Hill
Bocholt.




Schweineverkauf in Bocholt

Verkaufe am Freitag, den 2. Dezember 1927, von 9—1 Uhr, in den Stallungen der Wirtschaft Bernhard Matschke am Viehmarkt eine Sendung prima große

Oldenburger Futterschweine

zu den billigsten Preisen.

Johann Roosen,
Brünen, Telefon 15.

Hotel und Pension Huyinck
Anholt.

Am Sonntag, den 4. Dezembnr 1927, nachmittags 4 Uhr:

KONZERT

Konsum-Genossenschaft „Eintracht"
Bocholt:

Großer Preisabschlag!

Die Preise für folgende Waren sind ermäßigt:

Schweinefleisch	**0,10**	das Pfund
Fleischwurst	**0.10**	„
Jagdwurst	**0.10**	„
Würstchen	**0.10**	„
beste **Leberwurst**	**0.10**	„
Mettwurst	**0,10**	„

Alle übrigen Fleischwaren empfehlen wir in bekannter Qualität und Preislage.

Der überaus große Umsatz in **Gefrierfleisch** ist ein Beweis für **die Güte der Ware** und die **große Billigkeit.** Seit der kurzen Zeit der Einführung (2 Monate) wurden 103 Viertel umgesetzt.

Theaterabend

des Bocholter Kriegervereins u. des Marinevereins Bocholt
am Sonntag, den 4. Dezember, 8 Uhr abends
im Schützenhaussaale:

Aufführung der beiden Weihespiele

„Die Musterung auf dem Meeresgrund"
u. „Das deutsche Heldenlied zur See"

Numerierter Platz 2.00 RM. **Unnumerierter Platz 1.00 RM.**

Karten sind zu haben bei den Vorstandsmitgliedern beider Vereine und den Kameraden B. Anschlag, G. Knoop und Joh. Bothe.

WEIHNACHTS-ANGEBOT

in ADLER- und GRITZNER-

NÄHMASCHINEN

Auf jede Nähmaschine erhalten Sie

bis Weihnachten
15% Rabatt

ADLER-NÄHMASCHINEN für Haushalt, Heimarbeit und Industrie.

ADLER-NÄHMASCHINEN sind mit d. neuesten Errungenschaften der Technik ausgerüstet.

Bd. Schulz, Bocholt
Vertreter der Adler- und Gritzner-Nähmaschinen
Nordwall 12. **Telefon 2168.**

Teilzahlungen nach Vereinbarung.

Unzufriedene Krankenkassen-Mitglieder

Wer zu einer erstklassigen Kasse — Mitglieder hauptsächlich Lebensreformer, deshalb niedrige Beiträge und hohe Leistungen — übertreten will, verlange sofort aufklärende Schriften und kostenlose Zusendung der Monatszeitschrift „Der gesunde Mensch". Freie Wahl zwischen Aerzten u. Heilkundigen.

„Volkswohl" Krankenunterstützungskasse Dortmund.

Vertreter für Bocholt und Umgegend:
A. Spandern, Bocholt
Schwabenstr. 16.

Mütter
Gebt Euren Kindern
Lebertran-Emulsion
aus der Drogerie Bruns.
Bewährtes knochenbildend. Nähr- und Kräftigungsmittel.
Drogerie Bruns, Bocholt.

Herren-Uhr

m. Leder. Bierzipfel auf dem Wege von der Stadtverwaltung zur Osterstr. **verloren.**
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Unterricht
in
Buchhaltung

einfach und doppelt (deutsch, ital. und amerikanisch), **Bankkontokorrent, Kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Wechsel- u. Scheckverkehr, Stenographie, Maschinenschreiben, Rundschrift, Schönschreiben, Deutsch, Französisch u. Englisch** (Grammatik u. Konv.) **Handels-Englischbildung und Aussprache. Vorbereitung für Prüfungen.**

Jul. C. Schmitz.
Dingden i. W.

Ein
Sprechapparat
(Odeon) mit Platten
wie neu, umständehalber zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Guter, wachsamer
Hund
gesucht.
Untere Weidenstr. 10.

Wir suchen für sofort einen geweckten

Jungen

für Botengänge und leichte Arbeit.

J. & A. Temming.

Jetzt ist es Zeit!

Jeder Mensch soll sofort eine **Blutreinigungskur mit Kraft- und Gesundheitssalz „Puksana"** vornehmen. **Schlechtes Aussehen, unreiner Teint, Schwäche, Nervosität,** auch **Gicht und Rheumatismus,** vor allem die **Aderverkalkung** verschwinden. **„Puksana"** regt den **Appetit** an, fördert die Verdauung und gibt frische Kräfte und blühendes Aussehen. Ein Versuch überzeugt.

Ostertor-Drogerie, Osterstr. 47
Rhede: Marktdrogerie Schüling

Kräftiger
Junge

durchaus ehrlich und zuverlässig für Botengänge und Beschäftigung auf der Packkammer von hiesiger Weberei gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Waschvorschrift für Wollwäsche

Zwei Feinde bedrohen die wollenen Gewebe: Scharfe Waschmittel und Reiben. Wollsachen sollen nur in einer ganz reinen milden Seife gewaschen werden. Scharfe Waschmittel mit chemisch wirkenden Substanzen zerstören die zarten Schuppen der Wollfaser und machen die Gewebe hart und filzig.

Es gibt nur ein sicheres Mittel, das Ihre wollenen Kleidungsstücke, Jumper, Strümpfe und im besonderen Ihre zarte wollene Leibwäsche wieder wie neu macht:

der milde reine Schaum der Lux Seifenflocken, aus den Sunlicht Werken in Mannheim.

Das Waschen in Lux Seifenflocken ist äußerst einfach: Nehmen Sie 1 Eßlöffel voll zu je 2 Liter Wasser. Lösen Sie die Flocken in etwas heißem Wasser unter Umrühren auf. Gießen Sie kaltes Wasser zu, bis die Lösung handwarm ist; Wollsachen sollten nie kalt gewaschen werden. — Waschen Sie im handwarmen Schaum durch sachtes Auf- und Niederdrücken ohne zu reiben. Spülen Sie hierauf gründlich in lauwarmem Wasser und pressen Sie das Wasser möglichst gut heraus, ohne zu winden. Trocknen Sie nicht in der Sonne oder Ofennähe; gestrickte Wollsachen sollen liegend, nicht hängend, getrocknet werden.

Für Wolle und Seide alles Scharfe vermeide.

Gebr. Wiese, Bocholt

Fernruf 207 ✣ **Inh.: Peter Wiese** ✣ Nordwall 6
Steinbildhauerei Marmorschleiferei **Plattierungsgeschäft**

Vertretung und Niederlage der Ransbacher Mosaikplattenfabrik, sowie Lager von Wand- und Glasurplatten der Boizenburger Wandplattenfabrik. Marmor- und Plattierungsarbeiten aller Art in sauberer Ausführung. Plattierungsarbeiten werden von geschulten Plattenlegern ausgeführt.

Marmorböden / Marmorwandbekleidungen
Marmor- u. Sandstein-Kamine / Kachelofenbau
Grabdenkmäler in großer Auswahl auf Lager.

Capitol-Theater

Das führende Haus Westfalens.

Eine ganz besondere Darbietung und Ueberraschung bringen wir mit dem **ersten** Programm der bekannten Weltfirma:

„PARUFAMET"

Nur noch 1 Tag! Heute (Donnerstag):

Der Großfilm:



Das größte Kunstwerk und spannendster Abenteurerfilm

Ronald Colman, der Fremdenlegionär

Elf Akte! Spielzeit 2 Stunden!

Zweiter Großfilm, auf den wir auch besonders hinweisen:

Die Tänzerin von Moulin Rouge

Ein Film von schönen Frauen in 6 prachtvollen Akten aus der Pariser Halbwelt mit **Mac Murray** in der Hauptrolle

3.

Die Braut aus der Bar. Lustspiel in 2 Akten.

Zur gefl. Beachtung!

Mit der Erwerbung des 1. Programms der Fa. Parufamet kommen wir den Wünschen der Bocholter Bevölkerung entgegen und bitten wir, da dies mit großen Unkosten verbunden ist, um regen Besuch. Keine erhöhten Preise.

Außerdem in Vorbereitung folgende Großfilme: Der Katzensteg / Es war ein Tag der Rosen im August / Die heilige Lüge / Der Schachspieler / Ben Hur / Der alte Fritz / Metropolis / Faust / Der heilige Berg / Hotel Stadt Lemberg / La Boheme / Dubary von heute / Die Frauengasse von Algier / Der Meister von Nürnberg usw. **Die Direktion.**



Am Freitag nachm. von 2 Uhr an ist von einem fetten Schwein

Fleisch und Wurst

zu haben bei
W. Busch,
Schwanenstr. 9.

Freitag nachm. von 4 Uhr an ist

Schweinefleisch

zu 90 Pfg. zu haben bei
Johann Terhorst,
Dingdener Ch.

Klavier

gebraucht, gut erhalten, zu verkaufen oder zu vermieten. Auch in kleinen Raten für 290 Mk.
J. Rindlisbacher Pianolager
Nordstraße 52.

Großkopfpiano

fast neu, mit Elfenbeinklaviatur, 7 ¼ Oktave, weit unter Preis, nur Privat zu verkaufen auch in kleinen Raten Zu erfragen
J. Rindlisbacher Pianolager,
Nordstraße 52.

Einige gute
Legehühner
mit Hahn
zu verkaufen.
Dingdenerstr. 65.



kauft
z. Leipziger Tagespreise
Georg Solterth
Kürschnermeister,
Bocholt, Osterstr. 7,
Diepenbrockhaus.
Tel. 2835.